

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Matthias Nölke, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Deutschlands Beitritt zur „1+ Million Genomes“-Initiative

Genomische Daten haben für die Suche nach neuen Erkenntnissen über Erkrankungen und deren Heilung eine erhebliche Relevanz. Sie tragen zu wichtigen Fortschritten in der Gesundheitsforschung und der Patientenversorgung bei. Im Rahmen des sogenannten Whole Genome Sequencing (WGS) besteht durch sie unter anderem die Chance, den Ursprung von Krebstumoren zu entschlüsseln und in der Folge zielgenau bekämpfen zu können.

Laut Medienberichterstattung (<https://www.zeit.de/2019/21/crispr-genschere-keimbahn-gentechnik-ethikrat-biopolitik>) hat unter anderem das Vereinigte Königreich diese Chancen schon früh erkannt. Seit dem Jahr 2012 existiert dort das Projekt „Genomics England“ und seit dem Jahr 2018 sind dort mehrere nationale Zentren für genomische Medizin eingerichtet worden. Auch die USA und Frankreich treiben mit „All of Us“ beziehungsweise „France Médecine Génomique 2025“ ähnliche Projekte zur Integration der Genommedizin in die Versorgung voran.

Durch die Unterzeichnung der „Declaration of Cooperation – Towards Access to at least 1 Million Sequenced Genomes in the European Union by 2022“ durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek sowie den Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn am 16. Januar 2020 ist die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit 20 anderen EU-Mitgliedstaaten der Initiative „1+ Million Genomes“ der Europäischen Union beigetreten. Bis 2022 sollen demnach 1 Million Genomdatensätze gesammelt werden. Ziel der Initiative ist es, eine Nutzung von genomischen und weiteren Gesundheitsdaten zu medizinischen Forschungszwecken über die Grenzen in der Europäischen Union hinweg zu ermöglichen (<https://www.bmbf.de/de/deutschland-tritt-genomprojekt-der-eu-bei-10676.html>).

Nach Ansicht der Fragesteller muss in der Tat dafür Sorge getragen werden, dass Europa auf dem Gebiet der Genomforschung zukünftig nicht hinter den USA und China zurückbleibt. Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/13197 untermauert nach Ansicht der Fragesteller, dass Deutschland innerhalb der Europäischen Union gegenwärtig keinen Spitzenplatz auf diesem Gebiet einnimmt. Auch Patienten in Deutschland müssen nach Auffassung der Fragesteller die Möglichkeit bekommen, infolge einer fortschreitenden und vernetzten Forschung zur Genommedizin von möglichst personalisierten Behandlungsmethoden zu profitieren. Eine intensive Einbringung Deutschlands in die Initiative der Europäischen Union ist daher anzustreben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Beweggründe waren für die Bundesregierung ausschlaggebend, der „1+ Million Genomes“-Initiative der EU beizutreten?
2. Welche medizinischen Vorteile erwartet die Bundesregierung für Patienten in Deutschland durch den Beitritt, und welche Patientengruppen können aus Sicht der Bundesregierung in besonderem Maße davon profitieren?
3. Ist nach Kenntnis der Bundesregierung bereits definiert, in welchem Umfang sich Deutschland an der Generierung und Bereitstellung von Genomdatensätzen beteiligen wird?
 - a) Wenn ja, worauf basieren diese Zahlen?
 - b) Wenn nein, existieren bezüglich des möglichen deutschen Beitrags Schätzungen seitens der Bundesregierung?
4. Liegen der Bundesregierung Einschätzungen seitens der medizinischen Fachwelt vor, in welchem Umfang ein Beitrag Deutschlands im Zeitraum bis 2022 realistisch ist?

Wenn ja, wie sehen diese aus?
5. Wird die Corona-Pandemie nach Einschätzung der Bundesregierung Auswirkungen auf den Beitrag Deutschlands haben?

Wenn ja, welche?
6. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang sich andere der Initiative beigetretene EU-Mitgliedstaaten beteiligen werden?

Wenn ja, in welchem Umfang?
7. Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Beitritts, die Forschung zur Genommedizin verstärkt zu fördern?
8. Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Beitritts, die Integration der Genommedizin in die Versorgung voranzutreiben?
9. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung, die Genomforschung betreffend, bereits jetzt Schritte über das Jahr 2022 hinaus auf europäischer Ebene geplant?

Wenn ja, welche?

Berlin, den 24. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion